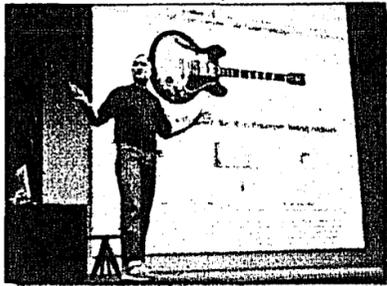


VOLKSBLATT SPLITTER

Den Kampf angesagt



SAN FRANCISCO – Der US-Computerhersteller Apple hat mit einem eigenen Angebot zum preisgünstigen Herunterladen von Musiktiteln im Internet den Online-Tauschbörsen den Kampf angesagt. Mit der am Montag vorgestellten Softwarelösung «iTunes Music Store» sollen Kunden einzelne Musikstücke zu einem einmaligen Preis von 99-US-Cent (rund 0,90 Euro) zur privaten Nutzung aus dem Internet abspeichern können. Laut Apple beteiligen sich die fünf grössten Musikverlage mit mehr als 200 000 Titeln aus ihrem Angebot an dem neuen Online-Dienst, wobei das Angebot noch erweitert werden soll.

Neue Schneckenart entdeckt



BASEL – Forscher der Universität Basel haben im Tessin bei Riva San Vitale eine neue Schneckenart entdeckt. Die Zwergdeckelschnecke (Bild) mit dem Namen *Graziana quadrifoglio* ist 1,5 Millimeter gross

und lebt in frischem Quellwasser, wie das Institut für Natur-, Landschaft- und Umweltschutz der Universität Basel am Dienstag bekannt gab. Die Entdeckung einer neuen Zwergdeckelschnecken-Art sei als kleine Sensation zu werten. Zahlreiche Insekten, Kleinkrebse, Plattwürmer und winzige Schnecken lebten ausschliesslich in Quellen. In der Schweiz seien natürliche Quellen selten geworden.

Frankreich zahlt «Baby-Prämie»

PARIS – Mit einer «Baby-Prämie» von 800 Euro will die französische Regierung mehr junge Familien unterstützen. Sie soll die bisherigen Zahlungen bei der Geburt eines Kindes ersetzen, von der wegen hoher Einkommensgrenzen nur rund 60 Prozent der Eltern profitierten. Premierminister Jean-Pierre Raffarin kündigte am Dienstag zusätzliche soziale Leistungen für junge Eltern von insgesamt 1,2 Milliarden Euro bis 2006 an.

Bislang 355 Todesfälle

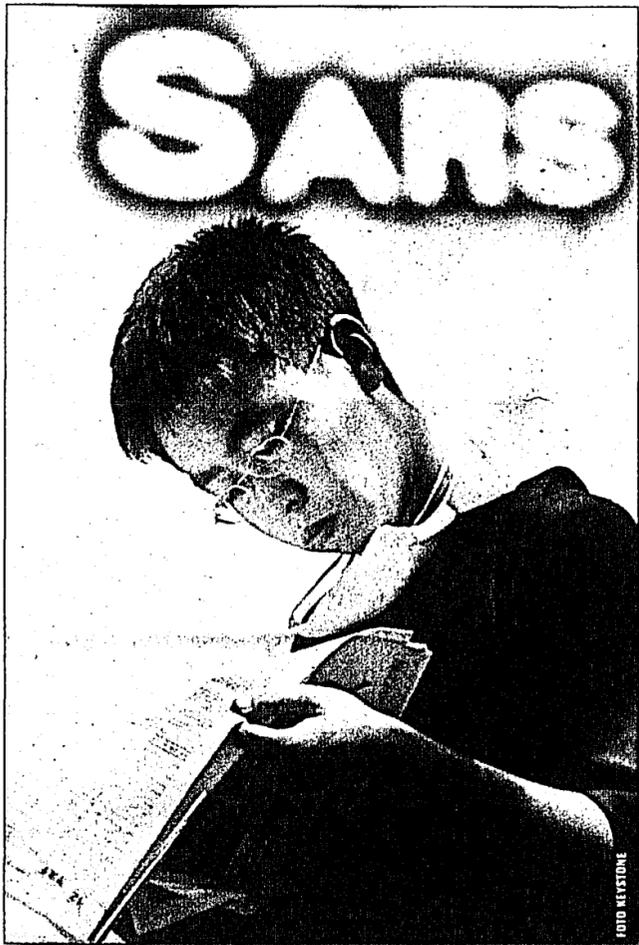
ASEAN-Staaten wollen Kampf gegen SARS verstärken

BANGKOK/PEKING – Die von der Lungenkrankheit SARS besonders betroffenen asiatischen Staaten wollen mit harten Massnahmen im Reiseverkehr die Ansteckungsgefahr eindämmen. Unter anderem sind Kontrollen beim Abflug und bei der Ankunft geplant. Ein wirksames Mittel gegen SARS ist noch nicht in Sicht.

Die Staats- und Regierungschefs von zehn asiatischen Ländern vereinbarten auf einem Sondergipfel in Bangkok einen Informationsaustausch, gemeinsame Forschungen und Schulungen zum Umgang mit SARS. Der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao äusserte die Befürchtung, dass SARS eine Infektionskrankheit sei, die die Region noch lange beschäftigen werde. Er schlug einen Fonds zur Eindämmung von SARS vor und sagte dafür 1,2 Millionen Dollar (1,09 Millionen Euro) zu. Der thailändische Ministerpräsident Thaksin Shinawatra zeigte sich zuversichtlich, dass China, Hongkong und Singapur die Krankheit in zwei Monaten eingedämmt haben.

Immer mehr Opfer

In China und der chinesischen Sonderverwaltungszone Hongkong wurden am Dienstag 21 weitere



SARS sorgt weiterhin für Schlagzellen.

Todesfälle bekannt, Hongkong meldete zwölf neue Opfer, Peking sieben. Damit erlagen auf dem chinesischen Festland bislang 148 Menschen der Lungenkrankheit, die Zahl der SARS-Toten in Hongkong belief sich auf 150. Weltweit starben bislang mindestens 355 Menschen an SARS, mehr als 5300 Personen erkrankten. In China stehen rund 10 000 Menschen unter Quarantäne. Die Mongolei meldete zwei bestätigte SARS-Fälle, Südkorea und Neuseeland meldeten je einen Verdachtsfall.

Der Leiter des Frankfurter Instituts für medizinische Virologie, Hans Wilhelm Doerr, sagte, die Wirksamkeit des Anti-Viren-Mittels Ribavirin habe sich in Laborversuchen nicht bestätigt. Andere Medikamente hätten in Versuchen ebenfalls dem SARS-Virus nicht wirksam genug begegnen können.

Passagierzahlen eingebrochen

SARS stellt nicht nur die Wirtschaft der asiatischen Staaten auf eine ernsthafte Belastungsprobe. Die Vereinigung Europäischer Fluglinien (AEA) berichtete, die Passagierzahlen von und nach Asien und Australien seien schon um bis zu 28 Prozent eingebrochen. Kanada kündigte im Kampf gegen SARS verstärkte Kontrollen auf Flughäfen an.

Hindernis für Friedensplan ausgeräumt

Palästinensisches Parlament bestätigt neue Regierung

RAMALLAH – Mit deutlicher Mehrheit hat das palästinensische Parlament die neue Regierung von Ministerpräsident Mahmud Abbas bestätigt und damit das letzte Hindernis für den internationalen Nahost-Fahrplan aus dem Weg geräumt.

Mit 51 zu 18 Stimmen bei drei Enthaltungen, sprachen die Abgeordneten in Ramallah, Abbas am Dienstag das Vertrauen aus. US-Präsident George W. Bush hatte mehrfach angekündigt, den gemeinsamen Friedensplan der USA, der EU, der UN und Russlands unmittelbar nach der Regierungsbildung vorzulegen.

«Ich hoffe, dass ich alle meine Regierungsverpflichtungen im Sinne des palästinensischen Volkes

erfüllen werde», sagte Abbas nach der Abstimmung. Nachdem der palästinensische Präsident Jassir Arafat monatelang eine machtvoll neue Regierung zu verhindern versucht hatte, hatte er schliesslich doch zur Unterstützung von Abbas und seinem Kabinett aufgerufen.

Israel zurückhaltend

Israel reagierte auf die Ankündigungen von Abbas zurückhaltend. Regierungssprecher Raanan Gissin erklärte, man habe in den letzten zwei Jahren zu viele Ankündigungen von palästinensischen Politikern gehört. Wenn Abbas den Terrorismus tatsächlich beende, werde er in Israel einen Gesprächspartner für die Wiederaufnahme des Friedensprozesses finden. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen gingen ungeachtet der politischen Fort-



Mahmud Abbas wurde das Vertrauen klar ausgesprochen.

schritte weiter. Kurz vor den Beratungen des palästinensischen Parlaments schoss ein israelischer Kampfflugschrauber vier Raketen

auf ein Fahrzeug im Gazastreifen. Ein Mitglied der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) und ein Passant wurden getötet.

Protest fordert Tote

13 Demonstranten in Irak erschossen

BAGDAD/WASHINGTON – US-Soldaten haben in der irakischen Kleinstadt Falludscha auf Demonstranten geschossen und mindestens 13 Menschen getötet.

Bei dem schweren Zwischenfall wurden nach Spitalangaben mindestens 75 Menschen verletzt, etliche von ihnen schwer. Einwohner von Falludscha und die US-Armee machten sich am Dienstag gegenseitig für den blutigen Vorfall verantwortlich. Die Soldaten seien von Irakern mit Kalaschnikows beschossen worden und hätten ihr Recht auf Selbstverteidigung ausgeübt, hiess es in einer Erklärung

des US-Zentralkommandos. Dagegen berichteten Einwohner Falludschas dem Sender El Dschasira, dass die Demonstranten unbewaffnet gewesen seien. Die Demonstranten hätten von den US-Soldaten die Räumung einer Schule verlangt, in der diese zuvor Quartier bezogen hatten. Die US-Soldaten hätten dann das Feuer eröffnet.

Gegen Amerika protestiert

Auch bei der Beerdigung der ersten Opfer kam es am Dienstagmorgen zu Protestkundgebungen gegen die US-Truppen. Tausende Iraker skandierten anti-amerikanische Losungen und schwenkten irakische Nationalfahnen.

Milosevic erneut angeklagt

BELGRAD – Die serbische Polizei hat am Dienstag zum zweiten Mal innerhalb einer Woche Anklage gegen den früheren jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milo-

sevic erhoben; diesmal, weil er im Juni 2000 einen Anschlag auf den damaligen Oppositionsführer Vuk Draskovic organisiert haben soll. Erst vergangene Woche war Milo-sevic wegen Anstiftung zur Ermordung des früheren serbischen Präsidenten Ivan Stambolic angeklagt worden.

ANZEIGE

volt ihr kochen?

VOLKSCARD
GÜNSTIGER GEHT'S NICHT

Politik – Wirtschaft – Sport – Kultur
bei uns ist alles im Preis inbegriffen

Jetzt das VOLKSBLATT abonnieren!
13 Monate für CHF 189.– inkl. VOLKSCARD

Anrufen und bestellen 237 51 41

Profitieren Sie als VOLKSBLATT-Abonnent von Vorzugspreisen

POWERED BY VOLKSBLATT